

Herr Bäsch (SPD-Fraktion) erkundigte sich, ob weitere Umlaufsperrern an Radverkehrsanlagen bis 2023 entfernt werden würden?

Aufgrund von Stellenvakanzen gebe es keine Kapazitäten, um eine Entfernung der Sperrpfosten hinsichtlich der Verkehrssicherheit zu prüfen. Dies werde Anfang 2023 in Angriff genommen, teilte Herr Müller mit.

Des Weiteren fragte Herr Bäsch (SPD-Fraktion) wie lange die Prüfung des Vertragsentwurfs für die Richthofenstraße dauere?

Herr Kallenbach berichtete, dass nach einer ersten Abstimmung festgestellt wurde, dass der Vertrag in der vorgelegten Form nicht unterzeichnungsfähig sei. Schwammige Formulierungen bezüglich der Haftung von Altlasten oder Kampfmittelbeseitigung müssen konkretisiert werden. Der Vertrag solle nächste Woche wieder an die BIMA zurückgehen.

Herr Metz (Bündnis90/DIE GRÜNEN) die Verkehrssituation an der Pleistalstraße noch nicht als erledigt anzusehen, auch vor dem Hintergrund, dass dort eine KiTa entstehe. Im Bericht sei ein falscher Hinweis zu Meindorf/Wasserwerk aufgeführt. Der Fußweg werde nicht mit der Kanalbaumaßnahme hergestellt, sondern zusammen mit der Straßenbaumaßnahme Akazienweg.

Abschließend stellte Herr Metz (Bündnis90/DIE GRÜNEN) noch Fragen. Zunächst erkundigte er sich nach der Ausarbeitung der Standards für Fahrradstraßen.

Herr Kallenbach führte aus, dass möglichst schnell Straßen umgesetzt werden sollen und die Hinweise der Politik aufgenommen wurden.

Ergänzend fügte Herr Gleiß hinzu, dass ein paar Straßen pro Jahr zukünftig mit einem gewissen Mindeststandard als Fahrradstraßen ausgewiesen werden sollen. Dazu solle im nächsten Haushalt ein gewisses Budget zur Verfügung gestellt werden.

Des Weiteren fragte er, ob die Einrichtung der RSVG-Bike-Stationen abgeschlossen sei. Die Stationen sollten in der Nähe von ÖPNV Stationen aufzufinden sein und nicht, wie bisher, in Wohngebieten.

Drei seien eingerichtet und drei werden zurzeit eingerichtet, teilte Herr Kukula mit.

Zuletzt bittete Herr Metz (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) den Sachstand des Siegtalradweges darzulegen.

Der Rhein-Sieg-Kreis kläre zurzeit mit der Bezirksregierung, ob ein Genehmigungsverfahren notwendig sei oder nicht, stellte Herr Kallenbach dar.

Abschließend bemerkte Herr Köhler (Aufbruch!), dass durch den Bericht der Anschein erweckt werde, dass die Verkehrsberuhigung in der Straße Am Mühlengraben erledigt sei. Dies wäre nicht der Fall.

Da der Bericht in digitaler Form nicht freigeschaltet war, wurde die Kenntnisnahme des Berichts in die nächste Sitzung vertagt.